Thomas W. Pogge

Eine globale Rohstoffdividende

Everyone has the right to a standard of living adequate for the health and well-being of himself and of his family, including food, clothing, housing and medical care.

Everyone is entitled to a social and international order in which the rights and freedoms set forth in this Declaration can be fully realized.

Artikel 25 und 28 der Universal Declaration of Human Rights

Abstract: We live in a world of radical inequality: Hundreds of millions suffer severe, lifelong poverty. Many others are quite well off and affluent enough significantly to improve the lives of the global poor. Does this radical inequality constitute an injustice in which we are involved? An affirmative answer finds broad support in different strands of the Western moral tradition, which also support the same program of institutional reform. This reform centers around a Global Resources Dividend, or GRD. A GRD in the amount of one percent of the global social product would raise some \$300 Billion a year. This amount is too small to lead to economic dislocation. But it is large enough to eradicate global poverty within one or two decades.

1. Einleitung: Radikale Ungleichheit und unsere Verantwortung

Eine große moralische Herausforderung unserer Zeit ist das gewaltige Ausmaß bitterster Armut weltweit. Mehrere hundert Millionen Menschen leben in unvorstellbarer Armut irgendwo in der sogenannten Dritten Welt.¹ Von hinreichender Ernährung, Hygiene und medizinischer Versorgung weitgehend abgeschnitten, sterben pro Jahr über 20 Millionen dieser Menschen an Hunger und verschiedenen leicht und billig heilbaren Krankheiten.² Das Schicksal dieser Armen kontrastiert scharf mit dem vieler anderer, denen es erheblich besser geht: im Hinblick auf Kindersterblichkeit und Lebenserwartung; Zugang zu Nahrung, Kleidung, Wohnung, Bildung und medizinischer Versorgung; persönliche Sicherheit;

¹ Dem United Nations Development Program (UNDP) zufolge lebten in den 80er Jahren etwa 1,3 Milliarden Menschen in Armut, davon 350 Millionen (40% der Bevölkerung) in Indien, 105 Millionen (10%) in China, 93 Millionen (80%) in Bangladesh, 72 Millionen (47%) in Brasilien, und ca. 300 Millionen in Äthiopien, Vietnam, den Philippinen, Nigeria, Pakistan und Indonesien (*The Economist*, 25. Juni 1994, S. 130 der britischen Ausgabe). Etwa 70% der Armen sind weiblichen Geschlechts.

² Die meisten dieser Todesfälle passieren in ganz normalen Zeiten ohne Mangel, in denen der Lebensunterhalt der Ärmsten dennoch ständig an einem seidenen Faden hängt. Weil dieses Leiden zeitlich und räumlich verteilt auftritt, wird es von den Medien kaum wahrgenommen. Und selbst wo photogene Katastrophen – wie etwa Dürren, Erdbeben, Fluten, Stürme oder kriegerische Auseinandersetzungen – konzentrierte Hungersnöte auslösen, ist die Grundursache doch immer die Armut der Betroffenen (vgl. Sen 1981). Unter Wohlhabenden lösen Dürren und Unwetter keine Hungersnöte aus.

Rechte, Freiheiten, Möglichkeiten; politischen Einfluß; Hygiene und sanitäre Bedingungen; sowie Einkommen, Wohlstand, Freizeit.³

Man kann dieses Elend auf zweierlei Weise als moralische Herausforderung für uns auffassen. Zum einen könnte man uns eine positive Verantwortung für dieses Elend zuschreiben, die darauf beruht, daß wir die Lage der Armen verbessern könnten: Da sie wirklich leiden und es uns so viel besser geht, sollten wir einen Teil unserer Mittel, Zeit und Lebenskraft darauf verwenden, ihnen zu helfen.⁴ Andererseits könnte man uns eine negative Verantwortung zuschreiben, etwa mit der Behauptung, daß ihre Armut und unser Wohlstand sich innerhalb einer ungerechten Weltordnung reproduzieren, an deren zwangsmäßiger Aufrechterhaltung wir selbst beteiligt sind und/oder von der wir profitieren.

Diese beiden Formulierungen unterscheiden sich in wichtigen Punkten. Die positive Formulierung hat ein weiteres Anwendungsfeld und ist daher leichter begründbar. Man braucht lediglich zu zeigen, daß es ihnen sehr schlecht und uns sehr viel besser geht, und daß wir, ohne größere Einbußen in unserem Lebensstandard, ihre Not erheblich lindern könnten. Aber der leichte Zugriff der positiven Formulierung hat seinen Preis: Viele, die sie akzeptieren, halten sich dennoch für berechtigt, sich auf das eigene Leben zu konzentrieren und fühlbare Opfer für die vielen guten Zwecke, um die man sich wohl auch kümmern könnte, zu vermeiden. Zumindest fühlt man sich berechtigt, sich die guten Zwecke selbst auszusuchen, also statt der Armen dieser Welt auch die lokale Kirchengemeinde, den Tierschutzverein oder die Krebsforschung zu unterstützen. Die negative Formulierung hat ein engeres Anwendungsfeld, impliziert aber eine viel stärkere Verpflichtung: Die Forderung, man dürfe nicht weiter an der Durchsetzung von

³ Zwar ist es für mein Argument wichtig, daß es uns recht gut und auch sehr viel besser geht als den Armen dieser Welt, aber ich werde mich hier dennoch nicht auf eine Diskussion der Definition und Messung von Lebensstandards einlassen. Dieses Thema ist in den letzten Jahren viel behandelt worden, vornehmlich etwa von Ronald Dworkin, James Griffin, Martha Nussbaum, Derek Parfit, John Rawls, Thomas Scanlon und Amartya Sen. Ich lasse dieses Thema nicht nur aus Platzgründen beiseite, sondern auch weil ich glaube, daß jeder plausible Maßstab für Lebensstandards meine Behauptungen stützen würde, und zudem befürchte, daß die detaillierte Auseinandersetzung um die Definition und Messung von Lebensstandards, und überhaupt jede Übersetzung des Problems in numerische Ausdrücke, viele Leser von den wirklich wesentlichen Fakten eher ablenken könnte. Wir lesen, daß das Durchschnittseinkommen in manchen Ländern ein Fünfzigstel des unsrigen beträgt; aber diese Zahl verschleiert, daß viele Menschen dort nicht annähernd dieses Durchschnittseinkommen verdienen können und ständig damit rechnen müssen, ihre Kinder an einfachem Durchfall sterben zu sehen, weil sie sich ein Rehydrierungspräparat, dessen Produktion 20 Pfennige kostet, nicht kaufen können. (Dem UNDP zufolge sterben etwa 3 Millionen Kinder jährlich auf diese Weise, weitere 3,5 Millionen an Lungenentzündung, eine Millionen an Masern, und so weiter.) Auf jeden Fall muß man sich vergegenwärtigen, daß das, was ich in diesem Aufsatz pauschal als Armut bezeichne, über Einkommen und Besitz hinaus noch viele andere Seiten hat.

⁴ Diese Argumentationsweise findet sich in Singer 1972 und ist im Anschluß an seinen Aufsatz heftig diskutiert und weiterentwickelt worden; siehe z.B. O'Neill 1975 und Shue 1980. Zu den neuesten Beiträgen mit ausführlichen Literaturangaben gehören Cullity 1994 und Unger 1996.

Armut mitwirken und profitieren, läßt sich nicht einfach mit Hinweis darauf zurückweisen, daß man sich, statt diese Forderung zu erfüllen, lieber der eigenen Familie oder der Krebsforschung widmen möchte.⁵ Deshalb ist es wichtig zu untersuchen, ob uns nicht auch eine negative Verantwortung, qua Beteiligung an einer Ungerechtigkeit, zuzuschreiben ist: wichtig für uns, insofern wir uns in dieser Welt moralisch orientieren wollen, und wichtig auch für die Armen, denn es ist zu vermuten, daß das Weltarmutsproblem nicht so beharrlich fort dauern würde, wenn wir wohlhabenderen Weltbürger uns eine negative Verantwortung dafür zuschrieben.

Manche glauben, daß das bloße Faktum radikaler Ungleichheit ausreicht, auch eine solche negative Verantwortung zu konstatieren. *Radikale Ungleichheit* involviert fünf Bedingungen:

1. Es geht den Schlechtergestellten, absolut gesehen, sehr schlecht.
2. Es geht ihnen auch relativ gesehen sehr schlecht, d.h. sehr viel schlechter als den Bessergestellten.
3. Die Ungleichheit ist im wesentlichen permanent, d.h. die Schlechtergestellten haben wenig Aussicht, ihre Situation aus eigener Kraft nennenswert zu verbessern, während die Bessergestellten niemals, auch nur für ein paar Monate, die Erfahrung machen, zu den Schlechtergestellten zu gehören, und sich auch gar nicht vorstellen können, was es bedeutet, so zu leben.
4. Die Ungleichheit ist allgemein, d.h. sie betrifft nicht nur einige Aspekte des Lebens, sondern alle wichtigen Aspekte oder wenigstens fast alle.
5. Die Ungleichheit ist vermeidbar, d.h. die Bessergestellten können die Lebensumstände der Schlechtergestellten verbessern, ohne deshalb selbst deren Schicksal teilen zu müssen.

Diese fünf Bedingungen sind sicherlich in dem uns interessierenden Fall erfüllt,⁶ aber ich glaube nicht, daß sie hinreichen, mehr als nur eine positive Verantwortung zu begründen. Stellen wir uns vor, daß wir Personen auf dem Planeten Venus entdecken, denen es sehr schlecht und viel schlechter als uns geht und denen wir ohne größere Einbußen in unserem Lebensstandard helfen könnten. Natürlich könnte man sagen, daß wir, wenn wir ihnen diese Hilfe verweigern, uns an der zwangsweisen Aufrechterhaltung eines ungerechten Zustandes beteiligen und auch (durch Einbehaltung gebotener Hilfe) davon profitieren. Diejenigen, die

⁵ Diese Unterscheidung zwischen positiver und negativer Verantwortung und Verpflichtung, und ihre moralische Signifikanz, wird ausführlicher diskutiert in Pogge 1989, 17f. und 27, und Pogge 1992b, 56.

⁶ Die ersten vier Punkte sind von vielen überstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen immer wieder dokumentiert worden. Der fünfte Punkt läßt sich durch den Plan einer institutionellen Reform, den ich im dritten Abschnitt darlegen werde, und auch durch die vielen Erfolge abstützen, die Bürger der entwickelten Länder durch verschiedene Initiativen erzielt haben, etwa durch die Bereitstellung von Saatgut, Brunnen, sparsameren Öfen und Kleindarlehen (microloans), und auch durch Beiträge zur Verbreitung von Wissen (z.B. über Hygiene, gesunde Ernährung, Gesundheitsfürsorge, Geburtenkontrolle, Bewässerung und das Rechtswesen) und Fähigkeiten (Lesen, Schreiben, Rechnen, Buchführung, Marketing, usw.).

überhaupt einen moralischen Unterschied zwischen positiver und negativer Verantwortung sehen, werden diese Position jedoch kaum überzeugend finden, weil der Fortbestand der radikalen Ungleichheit in diesem Fall ganz ohne unser Zutun zustandezukommen scheint. Natürlich läßt sich über diesen Punkt noch weiter diskutieren. Ich werde aber hier die Annahme akzeptieren, daß radikale Ungleichheit keine hinreichende Bedingung dafür ist, daß die Bessergestellten für die Lebensumstände der Schlechtergestellten negativ verantwortlich sind, und nach einer überzeugenderen Basis für negative Verantwortung Ausschau halten.

Natürlich ist radikale Ungleichheit auch keine notwendige Bedingung für negative Verantwortung. Ich will hier jedoch vom Erfülltsein dieser Bedingung ausgehen und fragen, unter welchen Umständen radikale Ungleichheit eine Ungerechtigkeit manifestiert, für die die Bessergestellten negativ verantwortlich sind. Ich sehe drei plausible Denkansätze, die verschiedene Kriterien zur Beantwortung dieser Frage liefern. Diese Ansätze sind konkurrierenden moralphilosophischen Ausrichtungen und Traditionen zuzuordnen. Wir brauchen uns trotzdem nicht für einen dieser drei Ansätze zu entscheiden, weil *erstens* die in unserer Welt wirklich existierende Armut neben den Bedingungen für radikale Ungleichheit auch die Zusatzbedingungen aller drei Ansätze erfüllt, und weil *zweitens* sich ein Vorschlag zur Reform der bestehenden Verhältnisse skizzieren läßt, der allen drei Ansätzen zufolge ein wichtiger Schritt in Richtung auf eine gerechte Weltordnung wäre.

Wenn ich diese beiden Thesen erhärten kann, eröffnet sich die Chance einer Koalition, speziell für das Thema Weltgerechtigkeit, der wichtigsten westlichen Moralkonzeptionen. Diese Koalition brächte einen begrenzten Konsens zum Ausdruck, demzufolge die bestehende Weltordnung ungerecht ist und durch Einführung einer Globalen Rohstoffdividende wesentlich gerechter werden würde.

2. Drei Gründe negativer Verantwortung

2.1. Die Auswirkungen gemeinsamer Institutionen

Der erste Ansatz⁷ bringt drei Zusatzbedingungen ins Spiel:

6. Die Besser- und Schlechtergestellten koexistieren unter *einem* System sozialer Institutionen, durch die das alltägliche Verhalten der Ersteren sich stark und nachhaltig auf die Lebensumstände der Letzteren auswirkt.
7. Dieses Institutionensystem ist für die radikale Ungleichheit insofern verantwortlich als es vermeidbar Armut erzeugt; es ist nicht der Fall, daß jede praktikable institutionelle Alternative mindestens ebenso schwerwiegende und weitverbreitete Armut produzieren würde.⁸

⁷ Eine prägnante Exposition des ersten Ansatzes findet sich in Nagel 1977. Vgl. auch Pogge 1989, §24.

⁸ Ein Institutionensystem ist genau dann praktikabel, wenn es – einmal eingeführt und stabilisiert – funktionstüchtig bleiben, also die Kooperation und Unterstützung seitens seiner Teilnehmer hervorrufen kann, die es braucht, um sich selbst zu reproduzieren.

8. Die radikale Ungleichheit kann nicht auf extrasoziale Faktoren, wie etwa genetische Behinderungen oder Naturkatastrophen, zurückgeführt werden, die von sich aus verschiedene Menschen unterschiedlich treffen.

Die sechste Bedingung ist im Fall der globalen Armut insofern erfüllt, als diese sich innerhalb eines durch Völkerrecht, internationale Abkommen und Organisationen sowie diplomatische Beziehungen stabilisierten weltumspannenden Systems territorialer und staatlich organisierter Gesellschaften reproduziert, die durch ein globales Netzwerk von Märkten und politischer Einflußnahme – mit internationalen Investitionen, Krediten, Militärhilfe, Sextourismus, Kulturexport, usw. – eng miteinander verbunden sind. Dank dieser Verknüpfung haben wir Bürger der entwickelten Länder einen dramatischen Einfluß darauf, wie es den Armen ergeht. Der Preis ihrer Nahrungsmittel und ihre Möglichkeiten, Arbeit zu finden, hängen z.B. oft stark von unserem Nachfrageverhalten ab, welches etwa entscheiden kann, ob lateinamerikanische Großgrundbesitzer Exportware (Kaffee, Blumen, Baumwolle) anbauen oder Lebensmittel für den lokalen Konsum. Es wäre völlig unmöglich, die Auswirkungen auch nur einer einzigen unserer Kaufentscheidungen bewerten zu wollen, weil deren Wirkungen sich endlos fortsetzen, sich immer weiter verzweigen und sich auch mit den Auswirkungen unzähliger anderer Handlungen vermischen. Es geht also keinesfalls darum, uns für die Auswirkungen unserer Einzelhandlungen verantwortlich zu machen und zu fordern, daß wir bei jeder Wahl- und Kaufentscheidung all deren entferntesten Wirkungen mitbedenken sollten. Auch wäre es völlig utopisch, die bestehende weltweite Interdependenz rückgängig machen, also gewisse Staaten oder Staatengruppen voneinander isolieren zu wollen. Die Relevanz der sechsten Bedingung besteht vielmehr darin, daß wir in dieser Welt, ganz anders als im hypothetischen Fall des Planeten Venus, ins Elend der Armen kausal eng verstrickt sind und uns auch, solange dieses Elend fortbesteht, aus dieser Verstrickung nicht lösen können.

Die siebte Bedingung involviert den Gedanken einer Verantwortung sozialer Institutionen. Insofern wir hinreichend Gelegenheit haben, die unterschiedlichen Auswirkungen verschiedener Regimetypen, sogar im selben Land (wie kürzlich in Osteuropa), zu beobachten, sind wir auf nationaler Ebene mit der Idee einer Verantwortung von Institutionen für soziale Phänomene (wie Armut, Hunger, Kindersterblichkeit) vertraut.⁹ Gerade diese Vertrautheit erschwert jedoch den Zugang zu demselben Gedanken auf globaler Ebene. Denn wir tendieren dazu,

⁹ In statischen Zeiten kann selbst dieser Gedanke schwer faßlich sein, weil der gesunde Menschenverstand dann dazu neigt, soziale Institutionen als natürlich zu empfinden. Man spricht von Glück oder Pech, wenn jemand in eine wohlhabende oder arme Familie geboren wird, genau wie auch dann, wenn jemand gesund oder behindert zur Welt kommt. Aber man sieht nicht, daß diese Parallele zwischen sozialen und natürlichen Faktoren nur für die Ausgangspositionen innerhalb einer vorgegebenen Verteilung gilt, und nicht für diese Verteilung selbst. Denn das Verteilungsprofil genetischer Anlagen ist nicht – jedenfalls noch nicht – unter menschlicher Kontrolle, während sich das Verteilungsprofil sozialer Güter und Lasten durch institutionelle Reformen erheblich verschieben läßt, wie die osteuropäischen Beispiele ja dramatisch beweisen.

Hunger, Armut und Menschenrechtsverletzungen in den Drittweltländern auf deren nationale Kulturen und Grundordnungen zurückzuführen. Solche Erklärungen spielen in der Tat eine wichtige Rolle, wenn wir z.B. verstehen wollen, warum dieses Land ein um so viel höheres Wirtschaftswachstum aufweist als jenes. Ich will jedoch zeigen, daß wir bei solchen Lokalerklärungen nicht stehen bleiben können, daß unsere globale Grundordnung ebenfalls eine wichtige Rolle in der Erzeugung von Armut spielt. Dies wird leicht übersehen: Zum einen scheint mit den Lokalerklärungen bereits alles erklärt zu sein.¹⁰ Und zum anderen haben wir keine wirkliche Erfahrung mit globalem Regimewechsel und kennen keine historisch konkrete Alternative zur gegenwärtigen Weltordnung. Der dritte Abschnitt skizziert hypothetisch eine solche Alternative, die andere distributive Auswirkungen hätte und auch die Fortentwicklung nationaler Institutionen und Kulturen anders beeinflussen würde. Insofern diese Alternative praktikabel ist und die erhofften Auswirkungen haben würde, zeigt sie, daß unsere gegenwärtige Weltordnung an der Produktion von globaler Armut beteiligt ist, daß diese sich also nicht im Rekurs auf bloß nationale Faktoren erklären läßt.

Die achte Bedingung ist erfüllt, insofern die Armen dieser Welt, wenn sie nur in bessere soziale Umstände hineingeboren würden, ebenso gute Aussichten wie wir selbst auf ein gesundes und produktives Leben hätten. Die Ursache ihres Leidens ist ihre miserable soziale Ausgangsposition, einschließlich ihrer sozialen Umwelt, die ihnen kaum eine Chance läßt, einer fragilen Existenz in Armut und Abhängigkeit zu entkommen und dadurch wenigstens ihren Kindern einen besseren Start zu sichern.

Sind diese drei Zusatzbedingungen erfüllt, dann läßt sich der Tatbestand radikaler Ungleichheit – insbesondere: daß es einigen Menschen an den Gütern mangelt, die sie brauchen, um ein volles, menschenwürdiges Leben zu führen – auf ungerechte Institutionen zurückführen.

Der Vorschlag, die Gerechtigkeit sozialer Institutionen zukunftsorientiert an ihren Auswirkungen zu bemessen, kann konsequenzialistisch, wie etwa bei Bentham, oder kontraktualistisch, wie etwa bei Rawls, abgestützt werden.¹¹ Der Vorschlag geht davon aus, daß die Verteilung sozialer Positionen innerhalb eines sozialen Systems erheblich davon beeinflusst wird, wie dieses System strukturiert ist, also von seinen Grundregeln oder sozialen Institutionen. In der jetzt bestehenden internationalen Ordnung wird ein Fünftel aller Menschen in eine Ausgangsposition hineingeboren, in der ihre Lebensaussichten äußerst miserabel sind. Das Elend dieser Menschen ließe sich nur dann rechtfertigen, wenn es keine bessere institutionelle Alternative gäbe, unter der solches Elend vermieden würde. Wenn

¹⁰ Der Schein trügt, wie man etwa (Durkheim folgend) ersehen kann, wenn man zwischen Erklärungen einzelner Selbstmorde und Erklärungen von (regional und historisch variablen) Selbstmordraten unterscheidet.

¹¹ Auch Jürgen Habermas ist diesem Grundgedanken verpflichtet, etwa durch seinen Universalisierungsgrundsatz, demzufolge soziale Normen gemäß der "Folgen und Nebenwirkungen, die sich aus einer *allgemeinen* Befolgung der strittigen Norm für die Befriedigung der Interessen eines *jeden einzelnen* voraussichtlich ergeben", zu beurteilen sind (Habermas 1983, 103).

es aber – wie noch zu zeigen sein wird – eine solche Alternative gibt, dann ist unsere globale Grundordnung ungerecht.

Die Verantwortung für diese ungerechte Ordnung und die von ihr produzierte vermeidbare Armut wäre uns, den Bürgern der entwickelten Länder, zuzuschreiben, da wir, kollektiv, die bestehende Weltordnung durchsetzen – und sie auch reformieren könnten. Indem wir den Armen dieser Welt *diese* Weltordnung anstelle einer anderen, die weniger Armut erzeugen würde, aufzwingen, berauben wir sie des Zugangs zu den Gütern, die sie brauchen. Die Armen dieser Welt sind nicht bloß arm und oft hungrig, sondern sie werden sozusagen verarmt und verhungert durch unsere gemeinsamen Institutionen, die – unentrinnbar – ihr Leben bestimmen. Damit wird deutlich, warum (dem ersten Ansatz zufolge) das Weltarmutsproblem die besondere moralische Dringlichkeit hat, die wir mit negativer Verantwortung verbinden – warum dieses Problem ernster zu nehmen ist als ansonsten ähnliche Leiden, die auf natürliche oder selbstgewirkte Ursachen zurückgehen: Dieses Problem wird von einer ungerechten Weltordnung, und damit letztlich von uns wohlhabenden Weltbürgern, produziert, insofern wir diese Ordnung erschaffen, beleben, aufrechterhalten und durchsetzen und sie auch, durch institutionelle Reformen, erheblich verändern könnten. Dieser Gedanke ist so eingängig, daß er sich selbst bei Charles Darwin findet, der (allerdings in bezug auf sein Heimatland) schreibt: "Wenn das Elend unserer Armen nicht durch Naturgesetze, sondern durch unsere eigenen Institutionen zustandekommt, dann ist unsere Sünde groß."¹²

2.2. Der ersatzlose Ausschluß von der Nutznießung natürlicher Rohstoffe

Der zweite Ansatz bringt – anstelle von Bedingungen 6-8 und zusätzlich zu den fünf der radikalen Ungleichheit – nur eine Zusatzbedingung ins Spiel, nämlich:

9. Die Bessergestellten genießen erhebliche Vorteile hinsichtlich der Nutzung natürlicher Rohstoffe, während die Schlechtergestellten von dieser Nutzung weitgehend und ersatzlos ausgeschlossen sind.

In der heutigen Welt findet eine höchst ungleiche Aneignung von Bodenschätzen und anderen planetaren Rohstoffen statt. Die Wohlhabenden dieser Erde verbrauchen einen weit überproportionalen Anteil der verfügbaren Rohstoffe, und sie tun dies einseitig und ohne die Armen für diese Aneignung in irgendeiner Weise zu entschädigen. Zwar bezahlen wir in der Regel für die von uns verbrauchten Rohstoffe, z.B. für importiertes Erdöl. Aber diese Zahlungen fließen anderen Wohlhabenden zu, etwa den Prinzen Saudi Arabiens oder der nigerianischen Kleptokratie (deren undemokratische Herrschaft sie zudem zementieren). Und so bleibt die Frage, was die Wohlhabenden dieser Welt dazu berechtigen sollte,

¹² "If the misery of our poor be caused not by laws of nature, but by our own institutions, great is our sin." Zitiert nach Gould 1991, 19. Dieses Zitat ist bemerkenswert, weil Darwin oft von denen in Anspruch genommen wird, die auch in menschlichen Gesellschaften einen Kampf ums Überleben, bei dem viele auf der Strecke bleiben, für unvermeidbar oder gar wünschenswert halten.

deren Naturschätze unter sich aufzuteilen und dabei andere, und insbesondere die Ärmsten, von dem davon resultierenden Wohlstand auszuschließen?

Die Verteidiger kapitalistischer Wirtschaftsverhältnisse haben Gerechtigkeitskonzeptionen entwickelt, die Rechte auf einseitige Aneignung überproportionaler Rohstoffanteile und deren beliebige Weiterveräußerung auf eine Weise rechtfertigen, die sich mit dem Gedanken verträgt, daß alle Erdenbürger letztlich gleiche Anrechte auf deren Schätze haben. Solche Konzeptionen beruhen auf dem Gedanken, daß eine Praxis, die einseitige, überproportionale Aneignung erlaubt, dann gerechtfertigt ist, wenn alle Beteiligten sich unter dieser Praxis besser stehen, als sie sich mit einer proportionalen Aneignungsbeschränkung stehen würden.

Dieses Rechtfertigungsmuster findet sich in besonderer Deutlichkeit bei Locke und Nozick. Locke geht davon aus, daß Menschen in einem geldlosen Naturzustand der moralischen Bedingung unterliegen, daß ihre einseitigen Aneignungen immer "enough, and as good" für andere übriglassen, sich also auf einen proportionalen Rohstoffanteil beschränken müssen (Locke 1689, §§ 27 und 33). Diese Beschränkung, die sogenannte Lockesche Proviso, darf allerdings mit allgemeiner Zustimmung aufgehoben werden und ist auch, Locke zufolge, auf moralisch akzeptable Weise aufgehoben worden, und zwar dadurch, daß Geld von allen als Zahlungsmittel akzeptiert worden ist (Locke 1689, § 36). Locke unterwirft diese Aufhebung einer Proviso zweiter Stufe, die verlangt, daß die Grundregeln menschlicher Koexistenz nur dann geändert werden dürfen, wenn alle Beteiligten sich unter den neuen Regeln besser stehen als unter den alten, der Änderung also rational hätten zustimmen können. Und er behauptet, daß diese Bedingung im England seiner Zeit trotz weitverbreiteter Besitzlosigkeit erfüllt war, da es den Tagelöhnern dort angeblich besser ging als Häuptlingen in Amerika (Locke 1689, §§ 41 und 37; vgl. Nozick 1974, 175-177 und Kap. IV).

Wie dem auch sei, heute ist diese Bedingung auf globaler Ebene sicherlich nicht erfüllt. Viele Millionen in der dritten Welt werden in eine Situation hineingeboren, in der alle verfügbaren natürlichen Rohstoffe sich bereits im Besitz anderer befinden. Zwar haben sie oft die Möglichkeit, ihre Arbeitskraft zu vermieten und sich dann aus ihrem Arbeitslohn Rohstoffe zu kaufen. Aber ihre Ausbildungs- und Einstellungsoptionen sind fast immer so restringiert,¹³ daß sie aus ihrem Arbeitslohn, auch bei größtem Fleiß, ihrer Familie bestenfalls gerade das Überleben, nicht aber einen auch nur annähernd proportionalen Rohstoffanteil sichern können. Nur an den Belastungen, die aus der überwiegend vom Konsum der Wohlhabenden gespeisten Verschmutzung von Luft, Wasser und Erde erwachsen, sind sie proportional beteiligt – überproportional sogar, insofern ihnen sowohl das Wissen als auch die Mittel fehlen, der Degradierung ihrer Umwelt wirksam zu begegnen. Es ist also nicht der Fall (was nach Locke und Nozick zu fordern wäre), daß alle Schichten, und insbesondere die Ärmsten, sich mit allgemeinen

¹³ Eine wichtige Rolle bei dieser Restriktion spielt die Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit, die aus dem von Staaten erfolgreich beanspruchten Recht, Ausländer von ihrem Territorium auszuschließen, resultiert.

Rechten auf einseitige Aneignung von Rohstoffen und/oder einseitige Entsorgung besser stehen als ohne dieselben. Die Ausschließung der Armen von einem proportionalen Rohstoffanteil manifestiert also eine Ungerechtigkeit, die wir Bürger der reichen Länder, in Zusammenarbeit mit den 'Eliten' der armen Länder, letztlich mit Gewalt durchsetzen. Diesen Ausschluß aus freien Stücken zu akzeptieren wäre für die Armen dieser Welt nur dann rational, wenn sie dafür entschädigt würden durch einen mindestens gleichwertigen Ersatz, durch den auch ihnen ein Anteil des Nutzens, den andere aus diesen Aneignungsrechten ziehen, gesichert wäre. Ich werde diese Möglichkeit im dritten Abschnitt weiter untersuchen.

2.3. Die Auswirkungen einer gemeinsamen, blutigen Geschichte

Der dritte Ansatz bringt eine Zusatzbedingung (zusätzlich zu den fünf der radikalen Ungleichheit) ins Spiel, nämlich:

10. Die sozialen Ausgangspositionen der Schlechtestgestellten und der Bessergestellten sind aus *einem*, von massiven Verbrechen tief durchdrungenen historischen Prozeß hervorgegangen.

Beispiele für solche Verbrechen lassen sich etwa aus der Kolonialzeit anführen, in der ganze Kontinente brutal erobert, ihre Bevölkerungen unterdrückt, versklavt und ausgerottet und heimische Institutionen und Kulturen zerstört wurden. Dies soll kein Argument für Reparationen sein. Es wird nicht behauptet, daß diejenigen, deren Vorfahren an diesen Verbrechen beteiligt waren, eine besondere historische Verantwortung trifft, oder daß diejenigen, deren Vorfahren Opfer dieser Verbrechen wurden, einen historischen Anspruch auf Wiedergutmachung haben.¹⁴ Der Gedanke ist vielmehr, daß wir nicht gar so große Ungleichheiten der sozialen Ausgangspositionen zulassen sollten, wenn die Zuteilung dieser Ausgangspositionen von historischen Prozessen abhängt, in denen die Verletzung jedweder rechtlicher und moralischer Regeln und Prinzipien gang und gäbe war. Selbst wenn (den in den vorigen Unterabschnitten vorgestellten Positionen zum Trotz) radikale Ungleichheit dann gerecht wäre, wenn sie regelgerecht – etwa zufolge libertärer Regeln, die einseitige Aneignung unbegrenzt erlauben – zustande gekommen wäre, kann sie doch nicht als gerecht gelten, wenn diese Regeln oft und folgeschwer verletzt wurden durch Verbrechen aller Art, deren Wirkungen sich natürlich heute nicht mehr fallweise neutralisieren lassen.¹⁵

¹⁴ Diese Position würde zu verschiedenen Schwierigkeiten führen: Ist es moralisch vertretbar, Menschen zur Wiedergutmachung von Verbrechen, die lange vor ihrer Geburt begangen wurden, heranzuziehen? Welchen Status haben heutige Menschen mit 'gemischten' Vorfahren – solchen, die an Verbrechen beteiligt, und anderen, die deren Opfer waren? Wie sollen sich die relevanten genealogischen Daten sammeln und die Auswirkungen historischer Verbrechen auf die heutige Welt abschätzen lassen?

¹⁵ Sogar Nozick (1974, 231) meint, daß in einem solchen Fall das auf Armutsvermeidung ausgerichtete Differenzprinzip von Rawls eine plausible Lösung darstellt. Allerdings trägt er diese Meinung im Zusammenhang mit der Vermutung vor, daß die Nachfahren der Opfer von Verbrechen unter den jetzt Ärmsten überrepräsentiert sind. Der von mir skizzierte dritte Ansatz ist in diesem Punkt nicht festgelegt. Ihm zufolge ist es ungerecht, unschuldige Menschen Opfer radikaler Ungleichheit werden zu lassen, wenn diese

Freunde der gegenwärtigen Wohlstandsverteilung stützen sich gelegentlich auf die Behauptung, daß die Lebensstandards z.B. in Afrika und Europa heute nicht viel anders wären, wenn Afrika nie kolonisiert worden wäre. Selbst wenn diese Behauptung klar und wahr wäre, würde sie doch gegen das skizzierte Argument nichts ausrichten, da dieses sich nicht auf Kontinente oder Gesellschaften, sondern auf Personen bezieht. Wenn die Weltgeschichte sich ohne Kolonisation und Versklavung oder gar ganz ohne Verbrechen abgespielt hätte, dann würden jetzt vielleicht ebenfalls Wohlhabende in Europa und Arme in Afrika leben. Aber das wären auf jeden Fall andere Menschen als die, die jetzt wirklich existieren. Wir können also jetzt verhungernenden Afrikanern nicht vorhalten, daß *sie* auch dann am verhungern wären, und *wir* auch dann im Wohlstand leben würden, wenn die Verbrechen des Kolonialismus unterblieben wären. Ohne diese Verbrechen gäbe es nicht diese jetzt existierende radikale Ungleichheit, welche darin besteht, daß *diese* Menschen reich und *jene* arm sind. Und wenn, in Anbetracht ihrer Genese, die bestehende radikale Ungleichheit ungerecht ist, dann haben wir die negative Verantwortung und Pflicht, nicht weiterhin zur ihrer gewaltsamen Aufrechterhaltung beizutragen.

3. Ein maßvoller Reformvorschlag

Ich will jetzt versuchen, eine praktikable Modifikation der bestehenden Weltordnung zu skizzieren, die von allen drei Ansätzen befürwortet werden kann. Diese Skizze wird zur Begründung der zweiten der beiden am Ende des ersten Abschnitts formulierten Thesen direkt erfordert. Aber sie soll auch die in der Begründung der ersten These verbliebenen Lücken schließen. Sie soll zeigen, daß sich die bestehende radikale Ungleichheit auf die Struktur unserer Weltordnung zurückführen läßt (siebte Bedingung). Und sie soll zeigen, daß die fünfte Bedingung erfüllt ist; denn die bestehenden Verhältnisse sind, allen drei Ansätzen zufolge, nur dann ungerecht, wenn wir die Lebensumstände der Armen dieser Welt verbessern könnten, ohne deshalb selbst deren Schicksal teilen zu müssen.

Ich richte meinen Reformvorschlag am zweiten Ansatz aus, weil die anderen beiden Ansätze jede Reform positiv bewerten würden, die die Lebensumstände der Schlechtestgestellten verbessern würde. Mein Vorschlag ist maßvoll, insofern er das bestehende Staatensystem übernimmt¹⁶ und den nationalen Regierungen insbesondere die Verfügungsgewalt über die auf staatlichem Territorium befindlichen Rohstoffe beläßt. Allerdings müssen diese Regierungen eine dem Wert der

Ungleichheit durch mit Verbrechen durchsetzte Prozesse zustandekam – selbst dann, wenn diese Verbrechen von Vorfahren der jetzt Ärmsten begangen wurden. Ich glaube, daß auch Nozick diesen Punkt akzeptieren und somit eine moralische Sippenhaft ablehnen würde. Auch er würde dann dem entscheidenden Punkt des dritten Ansatzes zustimmen: Radikale Ungleichheit kann nur dann als gerecht gelten, wenn sie durch wirkliche Befolgung moralisch plausibler Regeln zustandekam.

¹⁶ Anders Pogge 1992b, wo die vorherrschende Souveränitätskonzeption kritisiert wird.

tatsächlich genutzten Rohstoffe proportionale Dividende zahlen. Das Wort "Dividende" bringt zum Ausdruck, daß der Menschheit als ganzer ein unverlierbares Teilrecht an allen Naturschätzen zugeschrieben wird. Wie im Falle von Vorzugsaktien enthält dieses kein Recht auf Mitsprache darüber, ob und wie nationale Rohstoffe zu verwenden sind, sondern lediglich ein Recht, an der Nutznießung von Rohstoffen linear beteiligt zu werden. Diese Idee einer Globalen Rohstoffdividende (GRD) könnte natürlich auch auf die Nutzung (etwa zur Entsorgung) von Luft, Wasser und Erde angewendet werden.

Da das Weltarmutsproblem so gigantische Ausmaße hat, mag es so aussehen, als sei zu seiner Bewältigung ein sehr hoher GRD-Fluß vonnöten. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die bestehende radikale Ungleichheit ist das kumulative Ergebnis von Jahrzehnten, sogar Jahrhunderten, in denen wohlhabendere Staaten und Familien ihren Vorsprung in Kapital und Wissen dazu gebraucht haben, diesen Vorsprung immer weiter auszubauen. Die GRD muß nur ausreichen, den in Marktsystemen ganz normalen Zentrifugalkräften kontinuierlich entgegenzuwirken, wozu letztlich ein Fluß von einem halben Prozent des globalen Sozialprodukts ausreichen dürfte. Anfangs wird man allerdings mehr, vielleicht das Doppelte, brauchen, damit es nicht allzu lange dauert, bis die bereits akkumulierte Armut abgebaut und das neue, einer halbprozentigen GRD entsprechende Verteilungsprofil erreicht ist. Wir können also, um eine konkrete Vorstellung zu gewinnen, von einem GRD-Fluß von einem Prozent des globalen Sozialprodukts ausgehen, z.Zt. also etwa DM 450 Milliarden pro Jahr. Das wären für jeden im ärmsten Fünftel der Menschheit etwa DM 375 pro Jahr, weit mehr als ihr gegenwärtiges Durchschnittseinkommen (welches natürlich unter dem Durchschnittseinkommen der ärmsten Länder liegt). Für uns wäre es wenig – etwa so viel wie der Verteidigungsetat der Vereinigten Staaten, und deutlich weniger als der Wert der jährlichen Erdölproduktion.

Wir können noch einen Moment beim Erdöl bleiben und durchrechnen, wie sich knapp ein Sechstel der für den Anfang geplanten GRD durch eine zwölfprozentige Erdöldividende erheben ließe. Heutzutage werden knapp 4 Billionen Liter (vier Kubikkilometer) Erdöl pro Jahr gefördert und für ca. 16 Pfennige pro Liter verkauft. Eine Dividende von 1,9 Pfennig pro Liter (US\$ 2,00 pro Barrel¹⁷) brächte also den gewünschten Betrag von DM 75 Milliarden pro Jahr – oder etwas weniger, wenn sich die Erdölnachfrage durch die Preiserhöhung geringfügig verringern sollte.

Die Dividende wäre von den Regierungen der Förderländer zu zahlen, aber die Kosten derselben würden von diesen natürlich über die Förderfirmen letztlich an die Endverbraucher von Erdölprodukten weitergegeben.¹⁸ Auch die Schweizer

¹⁷ Erdöl wird auf dem internationalen Markt in Dollars pro Barrel gehandelt. Ein Barrel entspricht 42 amerikanischen Gallonen oder knapp 159 Litern.

¹⁸ Auch die Ärmsten dieser Welt sind in geringem Umfang Endverbraucher von Rohstoffen und von Produkten, deren Produktion oder Entsorgung Umweltschäden verursacht. Daß ein Teil der GRD auch von ihnen getragen wird, hat den Vorteil, daß auch sie dieselben Anreize wie alle anderen zum sparsamen Umgang mit Rohstoffen und zum Umweltschutz haben. Es ist kein Nachteil, da sie am globalen Rohstoffkonsum weit unterproportional und

und Japaner würden also – privat: beim Erwerb von Benzin und Heizöl und auch beim Kauf von Gütern und Dienstleistungen, zu deren Bereitstellung Erdölprodukte verwendet werden – ihren Beitrag leisten, auch wenn es auf ihren Territorien keine nennenswerten Erdölvorkommen gibt.

Das Erdölbeispiel zeigt, daß sogar das höhere Anfangsziel von DM 450 Milliarden (ein Prozent des globalen Sozialprodukts) bequem erreichbar ist – insbesondere wenn man berücksichtigt, daß die GRD auch auf Umweltschädigungen und eventuell auf genutzte Landflächen ausgedehnt werden sollte.

Die Dividendeneinnahmen sollen zur Emanzipation der Ärmsten dieser Welt verwendet werden, so daß schließlich alle Menschen in der Lage sind, ihre Grundbedürfnisse aus eigenen Kräften und mit Würde sicher zu befriedigen. Dabei geht es also nicht nur darum, die Ernährung, medizinische Versorgung und sanitären Einrichtungen der Armen zu verbessern, sondern auch darum zu ermöglichen, daß *sie selbst* ihre Grundinteressen wahrnehmen können. Dazu müssen sie lesen und schreiben können, gewisse Grundrechte haben und diese auch verstehen und wirksam durchsetzen können, einen Beruf erlernen und am Arbeitsmarkt und in der Politik gleichberechtigt teilnehmen können und von Verhältnissen persönlicher Abhängigkeit entbunden werden.

In einer idealen Welt könnte man die hierzu notwendigen Mittel einfach den Regierungen der ärmsten Länder überschreiben, die damit z.B. ihre ärmsten Bürger von Steuern und Schulden befreien, ihre Erziehung, medizinische Versorgung und Infrastruktur verbessern oder ihnen eigene Anbauflächen, Kapitalhilfen oder zinsgünstige Darlehen anbieten könnten. In unserer Welt, in der Regierungen nicht gerade korruptionsfrei sind, wird es oft effizienter sein, für dieselben Zwecke auch andere Kanäle zu verwenden, nämlich verschiedene offizielle und inoffizielle internationale Organisationen ähnlich wie UNICEF, UNDP, WHO oder Oxfam, die aber doch den neuen Aufgaben gemäß neu zu gestalten wären und deren Erfolg natürlich, genau wie der von Regierungen, fortlaufend ermittelt werden muß. Von besonderer Wichtigkeit ist hier, daß das Wirken dieser Organisationen möglichst weitgehend von sachlichen Gesichtspunkten bestimmt und deshalb von den machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen aller Regierungen möglichst isoliert sein sollte.

Es wird vorkommen, daß eine Regierung es ganz unmöglich macht, die Lebensumstände der Armen ihres Landes überhaupt nennenswert zu verbessern. In solchen Fällen sollten die Mittel anderswo eingesetzt werden, wo sie wirksam zur graduellen Beseitigung von Armut beitragen können. Denn schließlich geht es bei der GRD darum, den ärmsten *Menschen*, und nicht den ärmsten Staaten, ihren fairen Anteil an der Nutznießung aus natürlichen Rohstoffen zu sichern.

Natürlich werden GRD-Zahlungen nicht nur den Menschen, deren soziale Position sie verbessern sollen, zugute kommen, sondern indirekt auch ihren Regierungen und Mitbürgern. Dieses Faktum sollte man sich bei der Formulie-

an der Nutznießung aus der GRD weit überproportional beteiligt sind, aus der Einführung des GRD-Regimes also insgesamt erheblich gewinnen würden.

rung der Regeln zur GRD-Vergabe zunutze machen. Je mehr eine Regierung sich wirklich für die Beseitigung der Armut im eigenen Land einsetzt, desto mehr des für dieses Land vorgesehenen GRD-Anteils sollte tatsächlich für dieses Land verwendet und desto mehr auch direkt an seine Regierung ausgezahlt werden. Damit hätten die Regierungen der armen Länder einen klaren Anreiz, zum Erfolg des GRD-Regimes beizutragen.¹⁹

Dieser Anreiz sollte nicht dadurch untergraben werden, daß man den für ein Land vorgesehenen GRD-Anteil daran bemißt, wieviele Arme es dort gibt oder wie schlecht es den Armen dort geht. Dadurch gäbe man Regierungen einen Anreiz, wenigstens insgeheim eine Verewigung oder gar Verschärfung des Armutsproblems in ihrem Lande zu wollen, und setzt auch gutwillige Regierungen entsprechenden Verdächtigungen und Anschuldigungen aus. Vorgesehene GRD-Anteile sind also auf Grundlage der nationalen Durchschnittseinkommen zu berechnen, so daß *ceteris paribus* Ländern mit niedrigeren Durchschnittseinkommen höhere GRD-Anteile zustehen.²⁰ Natürlich muß außerdem noch die Bevölkerungszahl berücksichtigt werden: Vorgesehene GRD-Anteile sollten *ceteris paribus* (also bei gleichem Durchschnittseinkommen) proportional zur Bevölkerungszahl variieren.

Hinsichtlich eines jeden Landes, dem seinem Durchschnittseinkommen zufolge ein GRD-Anteil zustünde, gibt es also die folgenden Möglichkeiten: Der für dieses Land vorgesehene GRD-Anteil kann ausbezahlt oder, wenn er nicht wirksam zur Beseitigung von Armut verwendet werden kann, einbehalten (und dann dem Anteil anderer Länder zugeschlagen) werden. Insofern er überhaupt ausgezahlt wird, kann der vorgesehene GRD-Anteil direkt an die Regierung oder an andere offizielle oder inoffizielle Organisationen gehen. In beiden Fällen können die Mittel entweder direkt an die Armen weitergeleitet oder für andere Maßnahmen zur Beseitigung von Armut (Nahrungsmittel und Trinkwasser, Hygiene und medizinische Versorgung, Infrastruktur und Kleindarlehen, Erziehung und Ausbildung, usw.) verwendet werden. Diese Möglichkeiten lassen sich natürlich auch kombinieren, so daß z.B. der vorgesehene GRD-Anteil eines Landes zu 20%

¹⁹ Dieser Anreiz wird nicht immer Wirkung zeigen, da in vielen Ländern wenigstens einige der Regierenden auch ein Interesse daran haben, die Unwissenheit, Machtlosigkeit, Abhängigkeit und Ausbeutbarkeit der Armen im eigenen Lande zu erhalten. Dennoch verschiebt dieser Anreiz wenigstens das politische Kräftespiel in die richtige Richtung. Mit dem GRD-Regime würden Reformen häufiger und kräftiger versucht werden und auch häufiger und schneller zum Erfolg führen, als dies andernfalls der Fall wäre, weil dieses Regime Regierungen und internationale Organisationen zu einem friedlichen Wettbewerb in effektiver Armutsbeseitigung anregen würde.

²⁰ Der daraus resultierende Anreiz für Regierungen, das Durchschnittseinkommen im eigenen Land möglichst gering zu halten, wird durch offensichtliche gegenläufige Anreize mehr als aufgewogen. Allerdings mag es vorkommen, daß die Bevölkerung eines Landes, vielleicht aus kulturellen oder religiösen Gründen, einen niedrigen Lebensstandard vorzieht und deshalb den für ihr Land vorgesehenen GRD-Anteil freiwillig zur Beseitigung von Armut in anderen Ländern freigibt. Ich sehe nicht, warum man eine solche Entscheidung nicht respektieren sollte, sofern sie demokratisch abgedeckt ist und die innerstaatliche Ungleichheit sich in Grenzen hält.

einbehalten, zu 30% an seine Regierung ausbezahlt und zu 50% über offizielle und inoffizielle Organisationen vergeben wird.

Entscheidungen über die Verwendung der für verschiedene arme Länder vorgesehenen GRD-Anteile sowie auch über die für verschiedene Rohstoffe fälligen Dividenden wären von einer globalen Dachorganisation zu treffen, und zwar nach einfachen und eindeutigen Regeln, so daß die wenigstens grobe Richtigkeit aller Zahlungen sich relativ leicht allseitig kontrollieren läßt und auch die Feststellungs- und Transferkosten einigermaßen gering bleiben. Diese Regeln sollen von einer internationalen Gruppe von Wirtschaftsexperten und Völkerrechtlern so formuliert (und ggf. modifiziert) werden, daß das gesamte GRD-Regime auf lange Sicht den bestmöglichen Einfluß auf die Lebensumstände der Armen, etwa des ärmsten Fünftels der Weltbevölkerung, hat.²¹ Dabei ist unbedingt auch das Interesse zukünftiger Generationen an einer reichen und gesunden Umwelt zu berücksichtigen, etwa dadurch, daß die Dividende vorrangig auf *schnell erschöpfliche* Rohstoffe und auf *lang anhaltende* Umweltschäden erhoben wird.

Könnte ein GRD-Regime wirklich funktionieren? Es ist nicht zu vermuten, daß alle Regierungen, auch ohne Sanktionen, ihren GRD-Verpflichtungen nachkommen würden.²² Daraus folgt allerdings nicht, daß ein zentraler Sanktionsmechanismus oder gar eine Weltregierung erforderlich wäre. Man könnte das GRD-Regime auch durch dezentralisierte Sanktionen abstützen. Diese könnten so aussehen, daß kooperierende Staaten einen Sonderzoll auf Importe aus jedem nicht-kooperierenden Land erheben, der so berechnet ist, daß er die GRD-Verpflichtungen des Nicht-Kooperateurs sowie auch eventuell entstehende Zusatzkosten abdeckt. Zur Not könnten auch Exporte in nicht-kooperierende Länder ähnlich bezollt werden. Ein Nicht-Kooperateur könnte natürlich auf Handel mit Kooperateuren ganz verzichten. Aber beim heutigen Entwicklungsstand der Weltwirtschaft, wo die Exportquoten der meisten Länder zwischen zehn und fünfzig Pro-

²¹ Der Zusatz 'auf lange Sicht' soll zum Ausdruck bringen, daß kleinere kurzfristige Vorteile größere langfristige Nachteile nicht aufwiegen sollen. Die Regeln sollten also z.B. Länder, deren Regierungen nur wenig Interesse an der Beseitigung von Armut zeigen, von den für sie vorgesehenen GRD-Anteilen ausschließen, wenn die kurzfristigen Kosten dieser Regelung (daß die Lage der Armen sich gar nicht statt ein wenig verbessert) von ihrem langfristigen Nutzen (daß Regierungen ein größeres Interesse an der Beseitigung von Armut entwickeln, um ihr Land so für GRD-Zahlungen zu qualifizieren) überwogen werden. Es ist praktisch nicht besonders wichtig, ob man GRD-Zahlungen auf das ärmste Fünftel oder auf einen anderen Bruchteil der Weltbevölkerung konzentriert. Wenn man es auf das ärmste Zwanzigstel konzentrierte, würde der dadurch steigende Mindestlebensstandard bald auch das Niveau von einigen im zweitärmsten Zwanzigstel erreichen und so diese mit nach oben bringen. Wegen dieses Sekundäreffekts ist es gut möglich, daß sich nach Einführung des GRD-Regimes ein recht großer Prozentsatz des gegenwärtigen Verteilungsprofils letztlich nach oben verschieben würde, daß also so ziemlich jeder Mensch über einen Lebensstandard hinauskäme, unterhalb dessen heute 50% aller Menschen leben. (Selbst die ärmsten 50% der Weltbevölkerung haben heute nur einen minimalen Anteil am Welteinkommen und einen noch viel minimaleren am globalen Privatbesitz.)

²² Man sehe nur, wie viele Staaten mit ihren viel kleineren Mitgliedsbeiträgen an die Vereinten Nationen im Rückstand sind.

zent liegen, brächte dieser Schritt viel stärkere wirtschaftliche Nachteile als Vorteile mit sich.

Ein solches dezentralisiertes Sanktionensystem setzt natürlich voraus, daß ein Großteil des Welthandels von kooperierenden Staaten kontrolliert wird, daß also insbesondere die USA, Japan und die EU mitziehen – gerade die Staaten also, denen (so scheint es) aus der GRD, relativ zum Status Quo, keinerlei Nutzen, sondern lediglich Lasten erwachsen. Ich werde zu dieser Frage der Durchsetzbarkeit eines GRD-Regimes im fünften Abschnitt Stellung nehmen. Hier ist nur zu sagen, daß ein Scheitern der GRD-Reform am Widerstand der Bessergestellten nichts am Erfülltsein der fünften und siebten Bedingung ändern kann. Wir, Bürger der reichen Länder, können offensichtlich nicht so argumentieren: "Wir verhindern jede Reform der Weltwirtschaftsordnung, die unseren wirtschaftlichen Interessen Abbruch täte. Deshalb ist das Elend der Armen dieser Welt unvermeidbar und manifestiert daher auch keine Ungerechtigkeit." Natürlich kann nicht jeder einzelne von uns eigenhändig die Weltwirtschaftsordnung reformieren. Aber diese Unfähigkeit führt nur zu folgendem Gedanken: Zu unserer Weltwirtschaftsordnung gibt es praktikable Alternativen, die die jetzt entsetzliche Position der Ärmsten verbessern würden. Die Mehrheit der Bessergestellten blockiert jedoch entsprechende Reformen der bestehenden Ordnung. Wenn diese Ordnung ungerecht ist, sollte ich daher versuchen, andere Bessergestellte umzustimmen, und einige der mir unter dieser Ordnung zu Gebote stehenden Mittel auch darauf verwenden, bei der Linderung der schlimmsten Auswirkungen dieser ungerechten Ordnung mitzuhelfen.

Ich kann meine weiteren Überlegungen zur genaueren Konstruktion des vorgeschlagenen GRD-Regimes hier nicht mehr im Einzelnen vorstellen. Trotzdem hat die gelieferte Skizze hoffentlich gezeigt, daß dieser Vorschlag eine sorgfältige Prüfung verdient. Ihm gegenüber hat herkömmliche Entwicklungshilfe den moralisch-politischen Nachteil einer gewissen Entwürdigung der Empfänger. Schon der Name klingt nach Bedürftigkeit, Abhängigkeit und Bettelei. Die GRD hingegen vermeidet jeden Anschein überheblicher Großzügigkeit: Sie bringt lediglich den moralischen Anspruch der Armen, an der Nutznießung aus planetaren Rohstoffen beteiligt zu werden, ins positive Völkerrecht. Sie verwirklicht ein Recht, und eines, das sich vielfältig – nämlich auch zukunftsorientiert, im Hinblick auf seine Auswirkungen, und historisch, unter Verweis auf die Genese der gegenwärtigen Wohlstandsverteilung – als solches begründen läßt.

Hinzu kommt noch, daß ein funktionierendes GRD-Regime vielfach effizienter wäre als herkömmliche Entwicklungshilfe, die im allgemeinen weit mehr mit den politischen und wirtschaftlichen Interessen des Geberlandes zu tun hat als mit der Befriedigung von Grundbedürfnissen in den Empfängerländern.²³ Man mag ent-

²³ Hierzu gibt es zahlreiche Studien, die zeigen, wie Entwicklungshilfe oft denen zugute kommt, die reziprozitätsfähig sind, also den 'Eliten' in den politisch wichtigeren Entwicklungsländern. Auch wird sie oft auf aufwendige und augenfällige Prestigeobjekte konzentriert, an denen Firmen des Geberlandes profitieren können. (Siehe z.B. den Titelaufsatz "Why Aid is an Empty Promise" im *Economist* vom 7. Mai 1994.)

gegen, daß man Stellungnahmen zu dieser Annahme lieber von Ökonomen hätte als von einem Philosophen. Dem kann ich zustimmen: Auch ich wäre froh, wenn wir von Ökonomen mehr darüber lernen könnten, wie dem Elend der Armen dieser Welt durch Reform unserer Weltwirtschaftsordnung beizukommen wäre.²⁴

4. Das moralische Argument für die vorgeschlagene Reform

Durch Nachweis der Bedingungen 1-10 hoffe ich im Vorigen gezeigt zu haben, daß das gegenwärtige Weltarmutsproblem eine Ungerechtigkeit manifestiert, die durch institutionelle Reform – z.B. die Einführung einer GRD – abgebaut werden kann und soll. Ich will das Argument für diese These noch einmal anders – transparent und angreifbar – in den folgenden sechs Schritten, vorstellen.

(1) Wenn innerhalb eines Staates oder vergleichbaren sozialen Systems radikale Ungleichheit besteht, dann ist seine Grundordnung (die Gesamtheit seiner wichtigeren sozialen Institutionen) *prima facie* ungerecht und bedarf einer besonderen Rechtfertigung. Dabei liegt die Beweislast bei denen, die diese Grundordnung, und ihre Durchsetzung mit Zwangsmitteln, als mit der Gerechtigkeit vereinbar rechtfertigen wollen.

Diese erste Prämisse läßt sich vielleicht am besten dadurch verteidigen, daß man zeigt, wie außerordentlich schwach sie ist – in drei Hinsichten: Sie ist nur dann anwendbar, wenn die Ungleichheit innerhalb *einer* Grundordnung auftritt, wenn also die Bessergestellten durch gemeinsame soziale Institutionen signifikant und fortwährend auf die Schlechtergestellten einwirken (Bedingung 6). Auch ist sie nur dann anwendbar, wenn die auftretende Ungleichheit radikal ist (Bedingungen 1-5), also wirklich extreme Armut und extreme Unterschiede im Lebensstan-

²⁴ Der Nobelpreisträger James Tobin hat vor kurzem, im Zusammenhang mit der internationalen Konferenz zur Weltarmut in Kopenhagen, einen Vorschlag wiederholt, der eine gewisse Ähnlichkeit mit dem einer GRD hat. Es geht dabei um eine 0,5 prozentige Steuer auf Währungstransaktionen, die vor allem spekulationsbedingte Wechselkursschwankungen verringern und es nationalen Regierungen dadurch ermöglichen soll, ihre Geldpolitik besser auf die innerstaatlichen Verhältnisse abzustimmen (Tobin 1994a; Tobin 1994b; Eichengreen 1995; vgl. Tobin 1978). Selbst wenn diese Steuer das tägliche Volumen von Wechselgeschäften – z.Zt. etwa DM 2 Billionen – um 95 Prozent reduzieren würde, brächte sie jährlich immer noch 180 Milliarden DM ein, die zur Armutsbeseitigung in den ärmsten Ländern und Regionen verwendet werden könnten. Solange Schwarzwecheln in verschwiegenen Investitionsparadiesen effektiv verhindert werden kann, ist es wohl möglich, daß Tobins Vorschlag meinem pragmatisch überlegen ist, z.B. weil die Erhebung einfacher und billiger wäre und sich auch die Regierungen der reicheren Länder leichter für ihn gewinnen lassen mögen. Andererseits fehlt ihm der positive Umweltschutzeffekt und auch die moralphilosophische Begründung (warum sollen ausgerechnet die an Währungsgeschäften Beteiligten zum Abbau der Weltarmut herangezogen werden?). Diese Unterschiede verblassen allerdings neben der gemeinsamen Überzeugung, daß eine derartige institutionelle Reform machbar ist und versucht werden sollte. Auch Tobins Reform wäre ein großer Gewinn für die Weltgerechtigkeit. Auf jeden Fall sollten Ökonomen, Juristen, Politologen, Politiker, die Medien und wir alle solcherlei Vorschläge durchdenken und diskutieren.

dard involviert. Endlich schließt sie Grundordnungen, unter denen radikale Ungleichheiten bestehen, nicht schlichtweg aus, sondern fordert lediglich deren Rechtfertigung. Und diese Forderung läßt sich – wo soziale Institutionen doch von Menschen geschaffen und durchgesetzt, fortgeführt oder verändert werden – kaum plausibel zurückweisen.

(2) Eine Rechtfertigung radikaler Ungleichheit unter den Teilnehmern an einem Institutionensystem muß zeigen, daß entweder

- 2a) Bedingung 10 nicht erfüllt ist, weil die bestehende radikale Ungleichheit etwa durch einen historischen Prozess zustandekam, der nach moralisch akzeptablen und weitgehend befolgten Regeln ablief; oder
- 2b) Bedingung 9 nicht erfüllt ist, weil auch die Schlechtestgestellten an der Nutznießung aus natürlichen Rohstoffen, entweder durch einen proportionalen Anteil oder durch einen mindestens gleichwertigen Ersatz, angemessen beteiligt sind; oder
- 2c) Bedingung 8 nicht erfüllt ist, die bestehende radikale Ungleichheit also auf extrasoziale Faktoren, wie etwa genetische Behinderungen oder Naturkatastrophen, zurückführbar ist, die von sich aus verschiedene Menschen unterschiedlich treffen;²⁵ oder
- 2d) Bedingung 7 nicht erfüllt ist, weil jede vorgeschlagene Alternative zum bestehenden Institutionensystem entweder
 - nicht praktikabel ist, sich also nicht auf Dauer stabil aufrechterhalten ließe, oder
 - sich auch bei gutem Willen aller Beteiligten nicht auf moralisch akzeptablem Wege einrichten ließe, oder
 - die Lebensumstände der Schlechtestgestellten nicht nennenswert verbessern würde, oder
 - andere moralisch bedeutsame Nachteile hätte, die den Gewinn für die Lebensumstände der Schlechtestgestellten wieder aufheben.²⁶

Auch diese zweite Prämisse ist außerordentlich schwach, insofern sie vom Verteidiger des status quo jeweils immer nur einen der verschiedenen Nachweise fordert und ihm auch die Wahl läßt, welchen Nachweis er zu führen versuchen will. Insbesondere darf ein solcher Verteidiger die Berufung auf jedes der drei im Vorigen vorgestellten Gerechtigkeitskriterien durchprobieren, auch wenn er kaum alle drei gleichzeitig für richtig halten kann.

²⁵ Hier ist es wichtig klarzustellen, daß eine ungleiche Verteilung von Rohstoffbesitz – im Gegensatz zu einer ungleichen Verteilung von natürlichen (genetischen) Anlagen – kein solcher extrasozialer Faktor ist. Zwar ist das Faktum, daß unterirdische Erdölvorräte besonders im Nahen Osten zu finden sind, ein extrasozialer Faktor. Dieser wirkt sich aber auf verschiedene Menschen nicht *von sich aus* unterschiedlich aus, sondern nur insofern, als er mit einem anderen, deutlich sozialen Faktor verbunden ist: der Tatsache nämlich, daß unsere Weltordnung den lokalen Regierungen bzw. Herrschern ausschließliche Besitz- und Kontrollrechte über solche Erdölvorkommen zubilligt.

²⁶ Nachweise insbesondere der Formen (2b) und (2d) rechtfertigen in der Regel nur das Ausmaß der bestehenden Ungleichheit, nicht aber die bestehende Rollenverteilung (also die Armut *dieser* Menschen und den Wohlstand *jener*).

(3) Unsere gegenwärtige Weltordnung erfüllt (wie ausführlich dargelegt) die Antezedenzbedingung der Prämisse (1).

(4) Unsere gegenwärtige Weltordnung bedarf daher einer besonderen Rechtfertigung <aus (1) und (3)>.

(5) Im Falle der gegenwärtig global bestehenden radikalen Ungleichheit läßt sich ein Nachweis der Formen (2a), (2b) oder (2c) nicht erbringen. Auch ein Nachweis der Form (2d) scheitert, und zwar daran, daß wenigstens eine vorgeschlagene Alternative zur bestehenden Weltordnung – nämlich die, die ihre Modifikation durch Einführung einer GRD vorsieht – praktikabel ist, sich bei gutem Willen aller Beteiligten auf moralisch akzeptablem Wege einrichten ließe, die Lebensumstände der Schlechtestgestellten nennenswert verbessern würde und auch keine anderen moralisch bedeutsamen Nachteile hätte, die diesen Gewinn wieder aufhoben.

(6) Unsere gegenwärtige Weltordnung ist ungerecht <aus (4), (2) und (5)>.

4.1. Fünf Zusatzbemerkungen zum Argument

Ich habe bei der Darstellung dieses Arguments nicht versucht, den strengsten Anforderungen logischer Form zu genügen, was viele Qualifizierungen und Wiederholungen erfordert hätte. Es ging mir nur darum, die Struktur des Arguments klar zu machen, so daß ersichtlich wird, wie man es, von innen oder außen, angreifen kann. Um es von innen anzugreifen, müßte man Prämisse (3) widerlegen oder einen Nachweis der Formen (2a), (2b) oder (2c) führen oder zeigen, daß mein Reformvorschlag mit einem der vier unter (2d) genannten Probleme behaftet ist. Um es von außen anzugreifen, müßte man gegen die moralischen Prämissen (1) oder (2) argumentieren, also zeigen, daß Institutionensysteme, unter denen radikale Ungleichheiten auftreten, manchmal keiner moralischen Rechtfertigung bedürfen oder sich auch anders als auf einem der vier von mir beschriebenen Wege (2a-2d) rechtfertigen ließen.

Der Schluß des Arguments wird nur dann erreicht, wenn alle zehn der im zweiten Abschnitt eingeführten Bedingungen erfüllt sind. Ist dies der Fall, dann kommen alle drei Kriterien in der Beurteilung des gegenwärtigen Weltarmutproblems überein. Und man könnte dann sagen, daß dieses Problem eine *Kernungerechtigkeit* manifestiert – eine besonders eindeutige Ungerechtigkeit, zu deren Überwindung man auf einen übergreifenden Konsens verschiedener und konkurrierender Moralkonzeptionen hoffen kann.²⁷

²⁷ Der Begriff eines übergreifenden Konsensus drückt bei Rawls (1993, Kap. IV) den Gedanken aus, daß die Anhänger verschiedener religiöser, philosophischer und ethischer Lebenseinstellungen dieselbe Gerechtigkeitskonzeption und nationale Grundordnung akzeptieren können. Der hier vorgestellte Konsens steht einerseits auf einer höheren Ebene und ist andererseits konkreter: Die Anhänger verschiedener Gerechtigkeitskonzeptionen können auf moralischer Basis dasselbe Reformprogramm zur Überwindung von Kernungerechtigkeiten akzeptieren. Dieser Gedanke ist besonders dort relevant, wo (wie im internationalen Bereich) wenig Aussicht auf die Herausbildung einer allseits akzeptablen Gerechtigkeitskonzeption besteht. Ich würde ihn daher gern weiter ausarbeiten, insbesondere auch unter Berücksichtigung von in anderen Kulturen vorherrschenden Moralkonzeptionen.

Insofern wir dieses Argument akzeptieren, haben wir, als innerhalb der bestehenden Ordnung begünstigte und einflußreiche Weltbürger, Grund, uns eine Mitverantwortung für diese Ungerechtigkeit zuzuschreiben, und somit auch moralischen Grund, mit anderen auf eine Reform dieser Ordnung, z.B. auf Einführung einer GRD, hinzuarbeiten. Allerdings kann man, selbst wenn man das Argument voll und ganz akzeptiert, ihm dennoch entgegenhalten, daß wir auch konkurrierende moralische Gründe partikularer Art haben, dank derer wir es wenigstens für moralisch erlaubt halten dürfen, unsere moralischen Bemühungen vorrangig auf unsere eigenen Mitbürger, also auf Armut und Ungerechtigkeit im eigenen Land, zu konzentrieren. Zu dieser weitverbreiteten Ansicht ist dreierlei zu bemerken.

Die Einrichtung einer GRD würde in der Tat, *ceteris paribus*, den Lebensstandard der Ärmsten in den reichen Ländern reduzieren. Im Falle gerecht organisierter reicher Länder wäre das kein Problem, weil es den Ärmsten dieser Länder nach wie vor recht gut und auch sehr viel besser gehen würde als den (nicht mehr ganz so armen) Ärmsten der ärmeren Länder. Allerdings gibt es auch ökonomisch ungerechte reiche Länder, in denen manche in bitterer Armut leben. Die Verantwortung für diese Armut und deren mögliche Verschlimmerung infolge der Einrichtung einer GRD, liegt hier jedoch bei denen, die in solchen Ländern politischen Einfluß haben. Denn die GRD-Reform beläßt ja jedem Land die Kontrolle über seine interne Wirtschaftsordnung (und somit auch über die von dieser stark beeinflusste Einkommensverteilung). Es wäre absurd, ungerechten reichen Ländern eine Ausnahme von der GRD zu verstatten.²⁸ Damit würde man den Wohlhabenden dieser Länder noch einen weiteren Gewinn zubilligen (über den Gewinn hinaus, den sie jetzt vermutlich aus der Ungerechtigkeit der von ihnen durchgesetzten nationalen Wirtschaftsordnung ziehen) und auch den Wohlhabenden aller Länder einen Anreiz geben, im eigenen Land Armut und Ungerechtigkeit zu fördern.

Es stimmt natürlich, daß wir zu manchen Menschen in besonderen Beziehungen stehen, die uns – auch moralisch – stärker an diese Menschen als an andere binden. Ich habe besonders starke moralische Gründe, mich für das Gedeihen *meiner* Kinder, den Erfolg *meiner* Firma oder Universität und die Kultur oder Gerechtigkeit *meines* Landes einzusetzen. Aber diese partikularen Gründe gelten nur dann, wenn ein einigermaßen gerechter institutioneller Hintergrund existiert, der auch den von meiner besonderen Sorge ausgeschlossenen Menschen ein lebenswertes Leben ermöglicht. Und diese partikularen Gründe gelten deshalb auch nicht dort, wo dieser institutionelle Hintergrund selbst zur Disposition steht. Wo ich, selbst in kleinstem Rahmen (z.B. als Wähler), politische Verantwortung trage, soll ich partikulare Handlungsgründe beiseitelassen und mich ausschließlich von der Gerechtigkeit und vom Gemeinwohl leiten lassen. Diese Forderung ist heutzutage weitgehend akzeptiert: Wir würden z.B. einen Parlamentarier scharf verurteilen, der einen Gesetzentwurf nur deswegen einbringt oder unterstützt, weil dessen Annahme seiner Tochter wirtschaftliche Vorteile verschüfe. Es

²⁸ Genauso, wie es absurd wäre, wohlhabenden Bürgern, die ihre Familie schlecht ernähren, die Steuern zu erlassen.

muß nur noch verstanden werden, daß diese Forderung auch auf zwischenstaatlicher Ebene Konsequenzen hat: Es ist moralisch ganz in Ordnung, sogar wünschenswert, daß unsere Politiker sich vorrangig für die Interessen *unseres* Landes und seiner Bürger einsetzen. Von einem friedlichen Wettbewerb vieler Staaten und Kulturen können alle Menschen profitieren. Allerdings muß dieser Wettbewerb so geregelt sein, daß den Menschen aller Länder in alle Zukunft die einigermäßen gleichberechtigte Teilnahme am weltweiten Handel und Kulturaustausch gesichert ist. Und deshalb müssen unsere Politiker, dort wo es um die Regelung zwischenstaatlicher Beziehungen selbst geht, sich an der Gerechtigkeit und am Gesamtwohl der Menschheit orientieren und also ihre besondere moralische Bindung an unsere Interessen (deren Vertreter sie sonst sind) hintanstellen.²⁹

Das Weltarmutsproblem ist nicht die einzige Ungerechtigkeit in dieser Welt. Und, so mag man denken, selbst wenn es die schlimmste Ungerechtigkeit ist, werden wir uns doch vorrangig um andere Ungerechtigkeiten kümmern dürfen, die uns direkter angehen, z.B. um die Ungerechtigkeit unserer nationalen Sozialordnung. Ich stimme diesem Gedanken insofern zu, als auch ich glaube, daß die Tatsache, daß wir an einer Ungerechtigkeit beteiligt sind, uns einen Grund gibt, diese Ungerechtigkeit vorrangig zu bekämpfen. Als Deutscher hat man, *ceteris paribus*, mehr Grund, Ungerechtigkeiten deutscher Institutionen zu bekämpfen als die Österreichs oder Sri Lankas. Aber dieser Gedanke ist hier nicht relevant. Denn wir sind ja an der Ungerechtigkeit der heutigen Weltordnung genauso direkt beteiligt – und deren Ungerechtigkeit ist (wie auch immer man solche Vergleiche anstellen mag) sicherlich sehr viel größer als die unserer nationaler Institutionen. Und ich sehe keinerlei moralischen Grund dafür, daß man, wenn man Teilnehmer verschiedener ungerechter Sozialsysteme ist, die Reform kleinerer Sozialsysteme bevorzugt betreiben sollte.

5. Die Durchsetzbarkeit des Reformvorschlags

Der GRD-Reformvorschlag mag ja praktikabel und, mit dem guten Willen aller Beteiligten, auch durchsetzbar sein, aber – so wird man mir entgegenhalten – ist es auch nur annähernd realistisch, auf diesen guten Willen, und insbesondere auf die für Verwirklichung der Reform notwendige Unterstützung der reichen und mächtigen Staaten (EU, USA, Japan), zu hoffen? Ich gebe zwei Antworten auf diese Frage.

Selbst wenn diese Hoffnung nicht realistisch ist, ist es dennoch wichtig, sich klarzumachen, daß die gegenwärtige Weltarmut, zufolge der in der westlichen Welt vertretenen Moralkonzeptionen, als Ungerechtigkeit zu klassifizieren ist. Wir sind nicht bloß distanzierte Zeugen eines von uns abgeschiedenen Problems, mit einer schwachen, positiven Verantwortung und Pflicht, bei der Linderung dieses Problems (z.B. durch gelegentliche Spenden) mitzuhelfen. Vielmehr sind wir selbst ins Schicksal der Armen verstrickt, und zwar dadurch, daß wir ihnen

²⁹ Dieser Gedanke wird in Pogge 1992a ausführlicher entwickelt.

eine Weltordnung aufzwingen, die ihre Armut regelmäßig produziert, und/oder dadurch, daß wir an ihrer weitgehenden Ausschließung von der Nutznießung planetarer Rohstoffe mitwirken, und/oder dadurch, daß wir eine radikale Ungleichheit verteidigen, die aus einem von Verbrechen durchdrungenen historischen Prozess hervorgegangen ist. In Anbetracht dieser Verstrickung haben wir eine starke negative Verantwortung und Pflicht, nicht weiterhin zur Aufrechterhaltung des status quo beizutragen und von ihr zu profitieren, und auch, uns an der Ausarbeitung und eventuellen Durchsetzung plausibler Reformvorschläge zu beteiligen. Wenn sich wirklich gar keine plausible und durchsetzbare Reform finden ließe, dann könnten wir am Ende doch nicht mehr tun als spenden. Und dennoch bliebe selbst dann ein Unterschied bestehen, weil es jetzt nicht mehr darum geht, mit einem Teil unseres wohlverdienten Einkommens Bedürftigen zu helfen, sondern darum, unseren Gewinn aus einer Ungerechtigkeit, an der wir selbst beteiligt sind, dafür einzusetzen, einige der Opfer dieser Ungerechtigkeit vor den schlimmsten Auswirkungen derselben zu schützen. Und Verpflichtungen der letzteren Art sind natürlich, *ceteris paribus*, viel stärker als solche der ersteren Art.

Die zweite Antwort ist, daß die Hoffnung vielleicht doch nicht so unrealistisch ist. Mein vorsichtiger Optimismus stützt sich auf zwei Überlegungen. Die erste besagt, daß moralische Überzeugungen selbst in der internationalen Politik reale Auswirkungen haben können, wie selbst einige politische Realisten, wenn auch mit Bedauern, zugeben.³⁰ Manchmal sind das die moralischen Überzeugungen von Politikern, aber häufiger ist es wohl, daß die große Politik von den moralischen Überzeugungen der Bürger beeinflusst wird, welche selbst natürlich wieder von den Massenmedien beeinflusst werden und diese auch wieder beeinflussen. Es gibt hierfür einige dramatische historische Beispiele, etwa die Unterbindung des Sklavenhandels durch Großbritannien im neunzehnten Jahrhundert und den Rückzug der USA aus Vietnam, die beide vor dem Hintergrund einer massiven Mobilisierung der Bevölkerung zustandekamen (Drescher 1986 bzw. Zinn 1980, Kapitel 18). Wenn die einflußreicheren Weltbürger in den mächtigsten Staaten sich von einer moralischen Konklusion überzeugen ließen, die zum einen wirklich überzeugend begründet werden kann und zum anderen unserem Eigeninteresse in nur recht geringem Umfang Abbruch tut, dann könnte man eine solche Mobilisierung vielleicht auch für die Beseitigung der Weltarmut zustandebringen.³¹

³⁰ Es ist kein Zufall, meine ich, daß der politische Realismus gerade während des Kalten Krieges (mit Hans Morgenthau, George Kennan und Henry Kissinger) seine Blütezeit erlebte. In dieser Periode empfand man den Zweck, sich gegen die andere Seite zu behaupten und möglichst durchzusetzen, als einen unwiderstehlichen pragmatischen Imperativ, der zwangsläufig alle anderen (einschließlich moralischen) Zwecke ausstechen mußte. In anderen Zeiten, wenn Staaten sich sicherer fühlen, ist es viel wahrscheinlicher, daß deren Regierungen und Bürger sich, auch in der internationalen Politik, von moralischen Überlegungen beeinflussen lassen.

³¹ Aber wäre es nicht unmoralisch, einer pluralistischen Welt unsere westlichen Werte aufzwingen zu wollen? Wie anderswo dargelegt (Pogge 1989, 267-273, und Pogge 1994, 215-218), halte ich diesen Einwand nicht für stichhaltig, da wir weder eine 'neutrale' Weltordnung einführen, noch eine neutrale Rolle in der Strukturierung internationaler Bezie-

Wenn so etwas überhaupt möglich ist, dann ist wohl der Weg institutioneller Reform realistischer als eine Lösung des Problems durch private Initiativen (und bilaterale Entwicklungshilfe). Zugegeben: Spenden (und manche Entwicklungshilfeprojekte) haben unendlich viel Leiden verhindert, während Versuche institutioneller Reformen bislang gar nichts ausgerichtet haben.³² Aber es ist, glaube ich, nicht realistisch zu hoffen, daß das Weltarmutsproblem in absehbarer Zeit durch (bilaterale Entwicklungshilfe und) wachsende Privatinitiativen ein für alle Mal gelöst werden kann. Das heißt natürlich nicht, daß wir nicht spenden (bzw. keine Entwicklungshilfe leisten) sollten, sondern bloß, daß wir auch die Möglichkeit einer Weltordnung durchdenken sollten, welche massive und bitterste Armut, die dann durch Spenden (sowie Entwicklungshilfe und Schuldenerlaß) fortlaufend gelindert werden müßte, gar nicht erst produziert. Fortlaufende Linderung massiver Armut führt endlich zu Ermüdung und Überdruß, denn sie verlangt von den einflußreicheren Weltbürgern (Regierungen), daß sie sich immer wieder zu Spenden aufrufen in dem Bewußtsein, daß diese Beiträge rechtlich freiwillig sind, daß man bei jedem Beitrag mit ein paar Mark mehr noch ein weiteres Kind vor Krankheit und Unterernährung hätte bewahren können und daß die weitaus meisten ebenso wohlhabenden Menschen (Regierungen) sehr wenig oder gar nichts zum Abbau der Weltarmut beitragen.

Dieser Faktor spielt, glaube ich, bei der (in Fußnote 23 erwähnten) Ineffizienz herkömmlicher Entwicklungshilfe eine wichtige Rolle. Diese Ineffizienz ist nicht einfach bloß auf den mangelnden guten Willen der Regierungen der Geberländer zurückzuführen, sondern insbesondere auch auf ihre Konkurrenzsituation: Jedes reiche Land muß darauf achten, daß es nicht, durch selbstlose Entwicklungshilfe, anderen gegenüber ins Hintertreffen gerät, und viele fühlen sich insofern auch moralisch berechtigt, die Forderung größerer Selbstlosigkeit mit dem Hinweis darauf zurückzuweisen, daß auch ihre Konkurrenten dieser Forderung nicht nachkommen. Diese Hypothese gibt Grund zu der optimistischen Annahme, daß die wohlhabenden Staaten bereit wären, sich in gemeinsamer Gegenseitigkeit zu mehr zu verpflichten als sie einzeln zu tun pflegen. Analoge Überlegungen gelten für den Umweltschutz und den sparsamen Umgang mit Rohstoffen, hinsichtlich derer die GRD ja ebenfalls zu einer kollektiven Lösung beiträgt: Wenn viele Parteien in dieser Sache separat entscheiden, wird eine für alle optimale Lösung nicht erzielt, weil jede Partei den Nutzen aus eigener Verschwendung und Verschmutzung weitgehend allein konsumiert, während der daraus erwachsende Schaden von allen gemeinsam erlitten wird ("tragedy of the commons"). Hinzu kommt noch, daß Entwicklungshilfe- und Umweltschutzmaßnahmen immer wieder neu

hungen spielen können. Und selbst wenn er überzeugend wäre, sollten die westlichen Länder das GRD-Regime wenigstens gemeinsam vorschlagen.

³² Man denke an die Vorschläge für eine neue internationale Wirtschaftsordnung (new international economic order), die in den 70er Jahren in UNCTAD und auch in der UN-Vollversammlung heftig, aber ergebnislos diskutiert wurden, sowie auch an die Vorschläge einer internationalen Besteuerung von Kohlendioxidemissionen und Rohstoffen vom Meeresboden (im Rahmen des internationalen Seerechtsabkommens [law of the sea treaty]).

politisch ausgehandelt und erkämpft werden müssen, während die Annahme des GRD-Regimes nur *eine* (allerdings viel weiterreichende) politische Entscheidung erfordern würde.

Die zweite optimistisch stimmende Überlegung hat mit Klugheit zu tun. Die Zeiten, in denen uns egal sein konnte, was in den weniger entwickelten Ländern passiert, sind ein für alle Mal vorbei. Die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder wird einen großen Einfluß auf unsere Umwelt haben, und ihre militärische und technologische Entwicklung bringt allerlei ernsthafte Gefahren mit sich, etwa diejenigen, die mit nuklearen, biologisch/genetischen und chemischen Waffen und Technologien zusammenhängen. Hierbei ist nicht nur an Waffen und Technologien zu denken, die die mächtigsten Staaten jetzt schon besitzen oder entwickeln, sondern auch an solche, die – jetzt noch unabsehbar – in den nächsten Jahrzehnten und Jahrhunderten hinzukommen und dann voraussichtlich auch in den Besitz vieler anderer Staaten und Gruppen gelangen werden. Die Auslagerung von Externalitäten und Gefährdungen wird zunehmend zweigleisig werden, und keine noch so reiche und mächtige Nation oder Staatengruppe kann sich effektiv gegen äußere Einflüsse abschotten: gegen militärische und terroristische Angriffe, illegale Einwanderer, Drogenhandel und Epidemien, Luftverschmutzung und Klimaveränderungen, Preisschwankungen auf dem Weltmarkt und gegen wissenschaftlich-technologische und kulturelle Neuerungen. Deshalb haben auch wir ein ständig wachsendes Interesse daran, daß sich in den noch unterentwickelten Regionen stabile demokratische Ordnungen herausbilden, in denen Regierungsgewalt durch Verfassungsregeln und Grundrechte wirksam eingeschränkt ist. Solange vielen Menschen in diesen Ländern sogar eine minimale Ausbildung (z.B. im Lesen und Schreiben) versagt bleibt und sie sich auch nicht darauf verlassen können, auch nur ihre elementaren Grundbedürfnisse befriedigen zu können, ist mit stabilen demokratischen Strukturen nicht zu rechnen, sondern eher mit einem explosiven Gemisch aus religiösem und ideologischem Fanatismus, sozialrevolutionären Bewegungen, Todesschwadronen und politisierten Militärs. Uns den gelegentlichen Explosionen dieser Gemische aussetzen zu wollen, wäre gefährlich und käme uns langfristig sicherlich teurer zu stehen als die Einführung der vorgeschlagenen GRD.

Diese Klugheitsüberlegung hat auch eine moralische Seite. Denn in einer von radikalen Ungleichheiten durchdrungenen und daher instabilen Zukunft wäre ja nicht nur unsere eigene Sicherheit gefährdet, sondern auch die unserer Nachkommen, sowie auch der langfristige Fortbestand unserer Gesellschaft, unserer Werte und unserer Kultur. Und nicht nur das: Die Gefährdung ist ganz allgemein und betrifft somit auch die Sicherheit aller anderen Menschen, ihrer Nachkommen und den Fortbestand ihrer Gesellschaften, Werte und Kulturen. Insofern ist das Interesse an Frieden – an einer Welt, in der verschiedene Gesellschaften, Werte und Kulturen langfristig friedlich miteinander koexistieren und einander bereichern können – auch ein moralisches Interesse.

Die Verwirklichung unseres auf Klugheit und Moral gestützten Interesses an einer friedlichen und auch ökologisch vernünftigen Zukunft wird – und hier weise ich über meinen 'maßvollen' Reformvorschlag hinaus – internationale Abkommen

und Organisationen erfordern, die die Souveränitätsrechte von Staaten stärker beschneiden, als das heute der Fall ist. Die mächtigsten Staaten könnten versuchen, allen anderen solche Beschneidungen aufzuzwingen und sich selbst von ihnen auszunehmen. Allerdings ist es höchst zweifelhaft, ob die heutigen Großmächte rechtzeitig den politischen Willen zu diesem Versuch aufbringen können, und auch, ob er dann gelingen würde. Denn sie würden damit den bitteren Widerstand vieler anderer Staaten auf sich ziehen, die zudem alles daransetzen würden, durch Aufrüstung selbst in den Klub der Großmächte vorzustoßen. (Für ein solches Projekt könnten die 'Eliten' der armen Länder ihre Bevölkerungen wahrscheinlich leicht mobilisieren.) Insofern wäre es im langfristigen Interesse aller Beteiligten vernünftiger, auf internationale Abkommen und Organisationen hinzuwirken, die die Souveränitätsrechte aller Staaten gleichmäßig beschneiden. Diese Lösung wird aber nur dann funktionieren, wenn jedenfalls die meisten der an ihnen beteiligten Staaten einigermaßen stabile Demokratien sind, was wiederum voraussetzt, daß die Bürger dieser Staaten ihre Grundbedürfnisse befriedigen, einen gewissen Bildungsstand erreichen, sowie auch ein hinreichendes und langfristig gesichertes Einkommen erzielen können.

Die geopolitische Entwicklung läuft zur Zeit auf eine Welt hinaus, in der eine ständig wachsende Anzahl militärisch und technologisch hochgerüsteter Staaten und Gruppen eine ständig wachsende Gefährdung für immer größere Teile der Menschheit darstellen. Um diese Entwicklung auf ein vernünftigeres Gleis umzuleiten, brauchen wir realistischerweise erhebliche Unterstützung seitens der achtzig Prozent der Weltbevölkerung, die unsere wirtschaftliche Übermacht abbauen und selbst an unserem Wohlstand teilhaben wollen. Durch die Einführung der GRD (oder eine ähnlich Reform) können wir uns solche Unterstützung sichern, indem wir auf handfeste Weise deutlich machen, daß unsere Politik nicht bloß darauf aus ist, unsere wirtschaftliche Vormachtstellung – koste es andere was es wolle – zu zementieren, und daß die Armen dieser Welt auch auf friedlichem Wege eine erhebliche Verbesserung ihrer Lebensumstände erzielen können. Damit, und nur damit, können wir die in den Entwicklungsländern verständlicherweise weitverbreitete Überzeugung widerlegen, daß uns ihr Elend solange völlig egal sein wird, bis sie die militärische oder wirtschaftliche Macht haben werden, uns fühlbar zu schädigen, und dadurch auch den politischen Zulauf untergraben, den aggressive politische Kräfte aus dieser Überzeugung gewinnen können.

Diese zweite Überlegung zeigt, daß man die vorgeschlagene GRD-Reform auch mit guten Klugheitsargumenten abstützen und dadurch vielleicht auch dann durchsetzen kann, wenn moralische Argumente wirklich in dieser Sache wenig ausrichten können. Insofern ist es auch moralisch dringlich, das Klugheitsargument so klar und überzeugend wie möglich zu entwickeln.

6. Abschluß

Wir kennen, z.B. durch Spendenaufrufe, die Behauptung, daß wir es in der Hand haben, vielen das Leben zu retten oder sie, durch Nichtstun, verhungern zu lassen.

Viel weniger vertraut ist die hier verteidigte These einer negativen Verantwortung, derzufolge die meisten von uns nicht nur Menschen verhungern lassen, sondern sogar aktiv an ihrer Verhungern mitwirken.³³ Es ist kaum verwunderlich, daß wir dieser noch unangenehmeren Behauptung zunächst mit Befremden oder gar Feindseligkeit begegnen und sie nicht gern durchdenken oder diskutieren, sondern lieber vergessen oder als offensichtlich absurd beiseitesetzen mögen. Zumindest möchten wir fordern, daß eine Behauptung, die den Urteilen unseres gesunden Menschenverstandes so dramatisch widerspricht, ganz streng und bis ins letzte Detail nachzuweisen ist.

Einen so strengen Nachweis habe ich hier nicht liefern können. Es ist äußerst schwierig abzuschätzen, ob eine vorgeschlagene Modifikation unserer Weltordnung praktikabel ist und, wenn ja, wie sie sich langfristig auf das Weltarmutsproblem auswirken würde. Ökonomen würden hierzu genauere Auskünfte geben und wohl auch bessere und detailliertere Reformvorschläge machen können; aber ein ganz strenger Nachweis ist auch von ihnen nicht zu erwarten. Die moralisch vernünftige Reaktion auf diesen Aufsatz muß trotzdem, so glaube ich, konstruktiv ausfallen. Auch wenn seine Argumentation nicht lupenrein ist, gibt sie doch erheblichen Grund zum Zweifel an unseren 'gesunden' Vorurteilen, die außerdem, unseres stark engagierten Eigeninteresses wegen, ohnehin mit Vorsicht zu genießen sind. Auch spricht die große moralische Wichtigkeit, sich in dieser Sache Klarheit zu verschaffen, dagegen, die hier verteidigte Konklusion leichthin abzutun. Die wesentlichen Daten über das Leben und Sterben der Armen in unserer gegenwärtigen Welt sind schließlich unbestreitbar. Daß ihre Armut ausschließlich auf lokale Faktoren zurückgeht, daß jene Armut und auch diese lokalen Faktoren also durch keinerlei Reform unserer Weltordnung beeinflussbar sind, ist in Anbetracht erheblicher weltweiter Interdependenz äußerst unwahrscheinlich. Und daß ausgerechnet die jetzt bestehende Weltordnung in puncto Armut die bestmögliche sein soll, ist ebenfalls kaum glaubwürdig. Wir sollten gemeinsam und interdisziplinär am Weltarmutsproblem arbeiten.³⁴

Bibliographie

- Cullity, G. (1994), International Aid and the Scope of Kindness, in: *Ethics* 105, 99-127
Drescher, S. (1986), *Capitalism and Antislavery: British Mobilization in Comparative Perspective*, Oxford

³³ Dies wäre allerdings eine *indirekte* Mitwirkung: durch unseren Beitrag zur Durchsetzung einer ungerechten Weltordnung. Unsere Lage entspräche in dieser Hinsicht etwa der von Bürgern der Vereinigten Staaten im frühen 19. Jahrhundert, die, obschon sie selbst keine Sklaven besaßen, doch an der Aufrechterhaltung der Sklaverei im Lande beteiligt waren und von ihr auch wirtschaftlich profitierten.

³⁴ Dieser Vortrag wurde durch die klärenden und kritischen Erwiderungen verbessert, die insbesondere Paul Streeten und Susan Wolf, Rudolf Haller und Ted Hondrich, sowie Peter Koller, Anton Leist und Alexander Somek in College Park, Beijing bzw. Graz vorgebracht haben. Für weitere Hilfen bei der Endfassung danke ich außerdem Michael Baurmann, Stefan Gosepath, Sidney Morgenbesser, Steffen Wesche und Peter Unger

- Eichengreen, B./J. Tobin/Ch. Wyplosz (1995), Two Cases for Sand in the Wheels of International Finance, in: *Economic Journal* 105, 162-172
- Gould, St. J. (1991), The Moral State of Tahiti – and of Darwin, in: *Natural History* 10, 12-19
- Habermas, J. (1983), *Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln*, Frankfurt
- Locke, J. (1689), An Essay Concerning the True Original, Extent, and End of Civil Government, in: P. Laslett (eds.), *John Locke: Two Treatises of Government*, Cambridge, 305-477
- Nagel, Th. (1977), Poverty and Food: Why Charity Is Not Enough, in: P. Brown/H. Shue (eds.), *Food Policy: The Responsibility of the United States in the Life and Death Choices*, New York, 54-62
- Nozick, R. (1974), *Anarchy, State, and Utopia*, New York
- O'Neill, O. (1985), Lifeboat Earth (1974), in: Ch. Beitz/M. Cohen/Th. Scanlon/A. J. Simmons (eds.), *International Ethics*, Princeton, 262-281
- Pogge, Th. (1989), *Realizing Rawls*, Ithaca
- (1992a), Schlupflöcher in der Moral, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 40, 256-272
 - (1992b), Cosmopolitanism and Sovereignty, in: *Ethics* 103, 48-75
 - (1994), An Egalitarian Law of Peoples, in: *Philosophy & Public Affairs* 23, 195-224
- Rawls, J. (1993), *Political Liberalism*, New York
- Sen, A. (1981), *Poverty and Famines*, Oxford
- Shue, H. (1980), *Basic Rights*, Princeton
- Singer, P. (1972), Famine, Affluence and Morality, in: *Philosophy & Public Affairs* 1, 229-243
- Tobin, J. (1978), A Proposal for International Monetary Reform, in: *Eastern Economic Journal* 4, 153-159
- (1994a), *A Currency Transactions Tax, Why and How*, unveröffentlichtes Manuskript
 - (1994b), A Tax on International Currency Transactions, in *UNDP*, 70
- Unger, P. (1996), *Living High and Letting Die: Our Illusion of Innocence*, Oxford (im Erscheinen)
- United Nations Development Program (1994), *Human Development Report 1994*, New York
- Zinn, H. (1980), *A People's History of the United States*, New York